



GESTALTEN STATT RESIGNIEREN

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Werner,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,

42 Millionen Euro sind in nur 5 Jahren an Eigenkapital verbraucht worden. Misslich ist, dass wir immer noch nicht auf eine geprüfte Bilanz und Bilanzfortschreibung zurückgreifen können, um die gesamtwirtschaftliche Situation transparenter abbilden zu können. Das wertverminderte Vermögen steht in einem immer ungünstiger werdenden Verhältnis zum Fremdkapital.

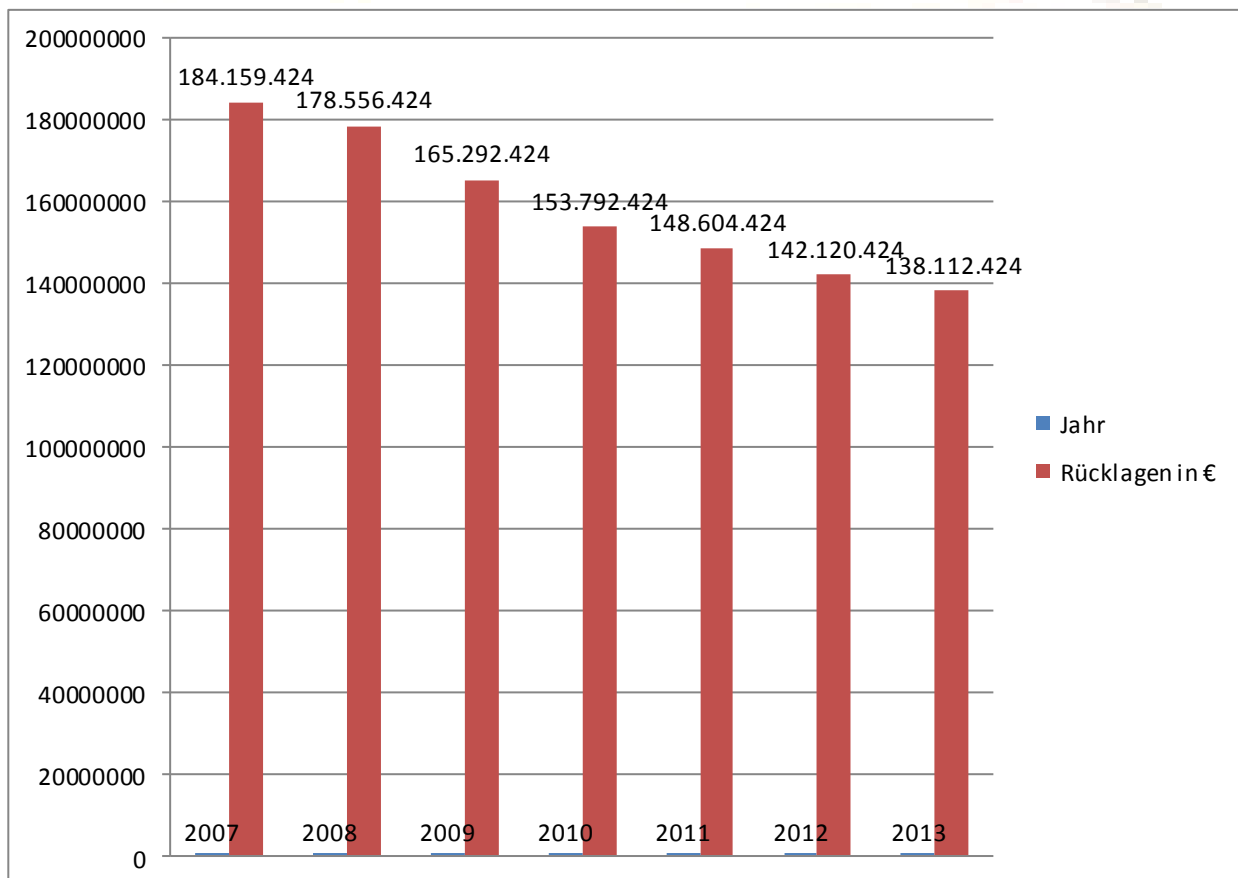


Abb: Entwicklung der Allgemeinen Rücklage + Ausgleichsrücklage

Die seit zwei Jahren wieder aufsprudelnden Finanzquellen Gewerbe- und Einkommensteuer, scheinen das Thema Sparsamkeit und Gewerbeentwicklung von der Agenda zu fegen. Die strukturelle finanzielle Schieflage Erkraths ist aber leider geblieben. In diesem Jahr stehen 86,6 Millionen Euro Erträge Aufwendungen von 96 Millionen Euro gegenüber. Die allgemeine Rücklage muss in Höhe von ca. 6,5 Millionen Euro verzehrt werden.

Dies obwohl die Gewerbesteuer mit 27.250.000 € nach einem Ergebnis von 23.471.000 € 2010 und die Einkommensteuer mit 20.000.000 nach einem Ergebnis 2010 von 18. 650.000 € sich auf hohem Niveau darstellt. Die Grundsteuer trägt mit 7,7 Millionen Euro zum Ergebnis bei.

Die Liquiditätskredite schwankten 2005 noch zwischen 0 und 5 Mio. €, 2011 zwischen 20 und 25 Mio. €.

Kredite werden zusätzlich in Höhe von 5,6 Mio. € bereitgestellt.

Die Stadtwerke haben im Jahr 2011 3,5 von 3,7 Mio. Gewinn abgeführt, in 2012 sollen es nach Wünschen der Stadtverwaltung 2,9 Mio. € sein. Der Haushalt weist im operativen Ziel aus, dass 100 % des Gewinns dem Städt. Haushalt zuführen sind(Produkt 15.02.01). Das wird sich auf Dauer nicht durchhalten lassen, wenn wir den Stadtwerken nicht Schaden zufügen wollen.

Der Haushalt ist seit Jahren nicht ausgeglichen, der Nothaushalt allerdings vermieden, wenn auch in erster Linie durch die um 1 Mio. im 2. Nachtrag niedriger angesetzte Kreisumlage.

Die strukturellen Probleme des Haushaltes haben sich verfestigt.

2008 war das Rekordjahr bei der Einkommensteuer mit 22,8 Mio.€ Einnahmen. 2,8 Mio mehr als heute veranschlagt.

29,4 Mio Gewerbesteuer haben wir in dem Rekordjahr 2006 mit 2,1 Mio Mehreinnahmen eingenommen.

Selbst wenn wir beide Rekordeinnahmen kumulieren, wäre dieser Haushalt immer noch nicht auszugleichen.



Quellenangabe: "obs/UNICEF Deutschland"

Noch in 2012 wird der anstehende Tarifabschluss möglicherweise die Haushaltsplanung erschüttern.

Durch das Gemeindefinanzierungsgesetz werden über 100 Millionen Euro aus dem kreisangehörigen Raum in die kreisfreien Städte umgeschichtet. Die Wirkung wird uns 2013 über die Kreisumlage treffen. Die Abundanzabgabe ist auf das Gemeindefinanzierungsgesetz 2014 verschoben und wird uns dann selbst als Kommune in der Haushaltssicherung,

über die Kreisumlage treffen.

Vom Effekt, künftig möglicherweise steigender Zinsen ganz zu schweigen.



Wenn die Verwaltungsleitung selber die Organisation und den Personalbedarf nicht mehr überblickt, ist es richtig, eine Organisationsuntersuchung zu beauftragen. Dies wird für Hochbauamt und Tiefbauamt in diesem Jahr durchgeführt. Spät! Denn wir haben eine derartige Maßnahme schon seit Jahren angeregt, das Gemeindeprüfungsamt (GPA) hat eine entsprechende Anregung 2009 (!) auf den Tisch gelegt.

Gleichwohl ist der Antrag von SPD und Grünen hier schon vorab eine Stelle zusätzlich schaffen zu wollen, unausgegoren. Der GPA- Prüfbericht aus dem Jahr 2009 kommt zu dem Ergebnis, dass die Personalausgaben der Stadt Erkrath in der Gebäudewirtschaft bei 6,12 € / m² Bruttogeschossfläche lagen. Der Mittelwert der Kommunen vergleichbarer Größenordnung lag bei 3,72 €, selbst das bisherige Maximum von 5,86 € haben wir in Erkrath noch getoppt. Seitdem wurde der Bereich Immomanagement vor allem auch vor dem Hintergrund der Konjunkturpaketabwicklung weitere befristete Einstellungen vorgenommen. Zum Tiefbauamt wurde eine Stelle aus einer anderen Abteilung umgesetzt.

**Kapitalverzehr
schadet
Ihrem Kind**

Die Auslastung der Verwaltung im Bereich Immomanagement aber auch in anderen Bereichen ist zunächst darzustellen, bevor man immer mehr Personal fordert.

Wir müssen uns die Handlungsfähigkeit auch durch weitere Sparanstrengungen wieder erarbeiten:

- Beispiel Straßenbeleuchtung, bei der CDU und FDP die Einsparbemühungen nur zum Teil mittragen. (RP vom 15.06.2011: Licht ausstellen ist eine „Unverschämtheit“)



- Aufgabe der Brücke an der Immermannstraße (31.000 € statt 70.000 €) gegen den Willen von CDU und FDP.
- Gegen Stimmen der CDU wurde in Produkt 12.03.01 ein Gutachten für Straßenreinigung und Winterdienst in städtischer Regie für 40.000 € eingestellt. Dies vor dem Hintergrund, Synergieeffekte wirtschaftlich fruchtbar zu machen.
- Zum Thema vorbeugender Kanaldichtigkeitsprüfung haben wir ausgeführt, dass wir angesichts des immensen Aufwandes zunächst empfehlen, nur Schulen/Verwaltungsgebäuden in Wasserschutzgebieten in Angriff zu nehmen. Im Gegensatz zu Privathaushalten sehen wir bei Verwaltungsgebäuden und Schule ein wesentlich geringeres Risiko der Verschmutzung.

- Der vielzitierte Investor im Bessemer Feld hat unsere Zusicherung, dass wir alles uns mögliche tun, um ihm Erweiterungsmöglichkeiten zu schaffen. Aber auch hier gilt es, soweit möglich, die Bestandsentwicklung der Außenentwicklung vorzuziehen.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Bereits in unserem Beitrag zum Stadtentwicklungs-konzept Erkrath 2020 haben wir uns positioniert::

„Die Wirtschaftsförderung muss verstärkt werden, weil die Gewerbesteuer wichtiger Pfeiler der Erkrather Finanzen ist. Diese Basis muss so stark sein, um andere wichtige Anforderungen auf eine solide Finanzierung zu stellen.

Foto: Bessemer Feld



Wir fordern eine aktive Wirtschaftsförderung und ein Stadtmarketing. Erkrath hat einen soliden Mittelstand, der die Basis nicht nur für Gewerbesteuer bildet, sondern auch Akzente in unserer Gesellschaft setzen kann. Halbtagsstellen in der Verwaltung werden dieses Thema nicht lösen.

Die Bestandspflege erhält primäre Bedeutung. Neuansiedlungen sollten sehr genau in Hinsicht auf die Gewerbesteuer, den Flächenbedarf und Umwelteinflüsse geprüft werden. Bestandslücken und Bauruinen sollten vorrangig vermittelt werden. Dazu muss das Leerstandsmanagement verstärkt werden.

Kurz, jedes Unternehmen muss einen „Kümmerer“ bei der Stadt haben, welcher auch aktiv auf das Unternehmen zugeht.“

Diese Forderungen mussten wegen des drohenden Nothaushaltes in den letzten zwei Jahren zurückgestellt werden.

Deswegen haben wir im HFA am 1.3.2012 beschlossen, eine Neueinstellung mit entsprechender Sachmittelausstattung und einem Etat von 2 Mio. € für den Ankauf von Grundstücken dem Rat zur Beschlussfassung zu empfehlen. Die Verstärkung des Planungs-/Umweltamtes durch eine weitere Stelle für Belange des Umweltschutzes ist auch dem Umstand geschuldet, dass zunehmend im Bestand geplant werden muss. Leider fehlt für diesen Aufgabenbereich die notwendige Novellierung des Baugesetzbuches, um den Kommunen mehr planerische Handlungsoptionen im Bestand zu geben.

Wirtschaftsförderung ist aber nur ein Aspekt – wenn auch ein wichtiger – des Stadtentwicklungskonzeptes mit dem wir Erkrath fit machen wollen für die nächsten 10-15 Jahre.

Das von uns initiierte Stadtentwicklungskonzept hat eine wichtige, offenkundig manchmal schmerzhaft Diskussion in der breiten Bürgerschaft ausgelöst.

Die Diskussion kann nicht darauf reduziert werden, Kritikern Egoismen vorzuwerfen. Persönliche Motive sind unverkennbar, die waren aber immer bei den jeweils großen Bürgerinitiativen unserer Stadt ablesbar: Die Vorwarnfunktion der betroffenen Bürgerschaft schließt ja nicht automatisch aus, dass Argumente gefunden werden, die im allgemeinen Interesse sind. Nachbarschaft weiß mehr um die Funktionen von Gebieten, als sich das Rathaus manchmal träumen lässt.

Warum soll man sich nicht gegen die CO-Pipeline wehren, weil man sich persönlich bedroht fühlt? Die besonders wirksamen Teile der Bürgerinitiative zur Rettung der Bruchhauser Feuchtwiesen oder der L 357n oder L 288 wohnten oft direkt in der Nähe. Der Unterzeichner selbst hat als unmittelbarer Anlieger die Aktion „Rettet die Bäume am Hausmannsweg“ 1971 zunächst aus persönlicher Betroffenheit mitbetrieben.

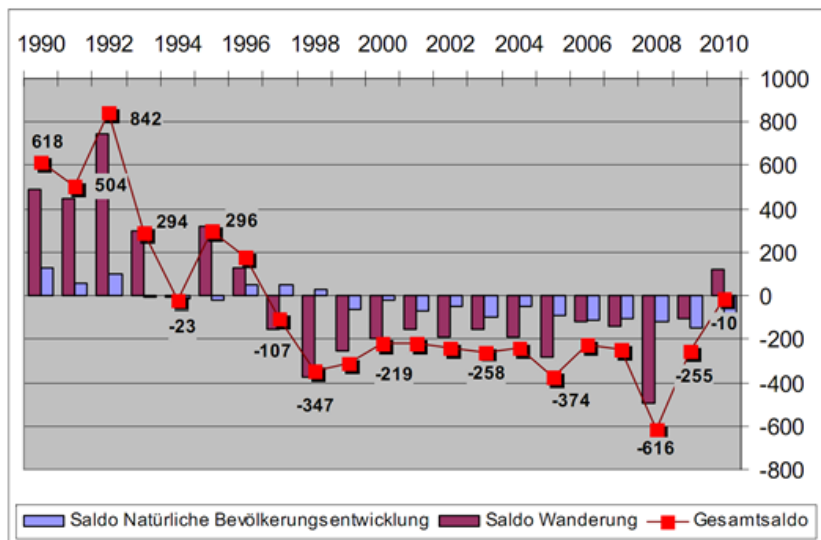


Bildquelle: Rathausrückspiegel 48. KW

***So, wie Betroffenheit nicht ausschließt,
dem Allgemeinwohl zu dienen,
muss Einzelinteresse dem Gemeinwohl weichen,
wenn dies verhältnismäßig und begründet ist.***



Saldo natürliche Bevölkerungsentwicklung und Wanderung Stadt Erkrath (1990 – 09. 2010)



Quelle: planlokal

Erkrath als Stadt der Nachbarschaften war das von uns vorgeschlagene Leitbild für Erkrath. Damit wird deutlich, dass wir die Bürgerschaft einbeziehen.

Die Lebhaftigkeit der Diskussion ist zum einen ein Gewinn, zum anderen mahnen wir umso mehr Sachlichkeit der Diskussion und den Verzicht auf Panikmache an.

Beispiele:

- Intrigen und „Täuschung“ (Grüne: RP 19.7.2011) sind nicht grundsätzlich dort zu wittern, wo jemand anderer Meinung ist oder irrt.
- Am liebsten die Information und Diskussion zu einzelnen Fragen ganz zu unterdrücken, („Peter Knitsch möchte das Gewerbegebiet sofort verbieten“ RP 08.09.2011) ist nicht der Diskussionskultur zuträglich.
- Einerseits wird im Grünen Rundbrief 4 2011 beklagt, dass planlokal u.a. IT.NRW als Szenarium untersucht hat, andererseits wird von den Grünen jüngst beklagt, dass IT.NRW nicht doch näher untersucht wurde.
- Einerseits wurde von den Grünen gefordert, die Flächensteckbriefe sofort zu veröffentlichen und noch vor den politischen Gremien die Bürgermeinung dazu abzuholen, andererseits wurde verlangt, erst die Leitziele politisch vorzugeben und dann sich erst die Konsequenzen anzusehen.
- Einerseits wird Bürgerbeteiligung von den Grünen eingefordert, andererseits haben die Grünen am 07.02.2011 im ASW das Entwicklungsmodell „Innenentwicklung“ als politische Vorgabe beantragt, obwohl noch nicht einmal die Fachgruppengespräche zum Stadtentwicklungskonzept abgeschlossen waren.

Im Rahmen dieser Haushaltsrede ist der Bildungspolitik des Schulträgers ein wichtiges Kapitel zu widmen.

Für die *BmU* haben die Ausgaben für und die Investitionen in Bildung hohe Priorität, zumal in NRW in der Primarstufe (5.000 € pro Schüler) und Sekundarstufe I (6400 € pro Schüler) verglichen mit dem OECD-Durchschnitt (Prim: 5800 € pro Schüler, Sek I: 6.800 €)) und verglichen mit anderen Bundesländern, weniger für die Bildung ausgegeben wird. Eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung zeigt auf, dass Kinder aus reicheren Familien eine um das 5,5 fache erhöhte Chance haben, das Gymnasium zu besuchen, als Kinder aus ärmeren Familien. Die Bildungspolitik des Landes muss weiter aufholen, wenn auch der absehbare Fachkräftemangel gemildert werden soll.

Wir wollen, dass unsere Stadt für Kinder und Jugendliche qualitätsvolle, ortsnahe, differenzierte Bildungseinrichtungen vorhält.

Wir freuen uns darüber, dass bei den diesjährigen Haushaltsberatungen diesbezüglich ein breiter politischer Konsens gegeben ist.

Dass in Erkrath ein qualitätsvolles Bildungsangebot gegeben ist, dazu haben wir in der Vergangenheit maßgeblich beigetragen, indem wir zum Beispiel ein breites Ganztagsangebot für Erkrath im Schulbereich mit entsprechender Mittagsversorgung gewährleisten. Wir haben veranlasst, dass im Grundschulbereich ein ortsnahes und qualitätsvolles Angebot für die Eltern erhalten bleibt.

- Wir haben den Schulen den je Schüler zur Verfügung gestellten Finantitel deutlich erhöht.
- Deshalb haben wir Bildungsbereich für den Haushalt 2012 keine Kürzungen beantragt. Im Gegenteil, wir plädieren mit Entschiedenheit für die Erhöhung der Ausgaben, weil wir ein bedarfsgerechtes Angebot an OGATAs sichergestellt wissen wollen. Mit 2,5 zusätzlichen OGATA-Gruppen für ca. 50-60 Kinder (1.500 € p.P.) können wir ein bedarfsgerechtes Angebot unterbreiten.
- Wir wollen darüber hinaus an besonderen Stellen den Schulen Handlungsmöglichkeiten geben für besondere Projekte (ohne alle Elemente aufführen zu wollen) z.B. zur Förderung von Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Kompetenz (+ 10.000 €).

Wir unterstützen alle Maßnahmen, welche die Verwaltung veranlasst, um den Nachholbedarf, wie er bei der vom Ministerium veranlassten Qualitätsanalyse der Schulen festgestellt wurde, abzuarbeiten.

Aufgrund der vorliegenden Anmeldezahlen für das Schuljahr 2012/13 für die Grundschulen und die Schulen der Sekundarstufe I und II sehen wir uns in der Auffassung bestätigt, dass im laufenden und kommenden Jahr keine Notwendigkeit besteht, das schulische Angebot in der Stadt Erkrath um eine weitere Schulform zu erweitern.

Die Anmeldezahlen an den Schulen der Sekundarstufe I sind stabil, sie liegen im Korridor des SEP, wenn auch einige Ausreißer nach unten im ASS zu diskutieren sind.

Von daher besteht in diesem Jahr und vermutlich auch im nächsten Jahr keine Notwendigkeit, eine der bestehenden Schulen zu schließen. Auch das neue Grundschulkonzept der Landesregierung mit

der in Aussicht gestellten Absenkung der Klassenfrequenzrichtwerte für alle Schulformen stützt die These des Gutachters des SEP, dass die Schulen organisatorisch nicht in Existenzschwierigkeiten kommen.

Im Übrigen sind wir gespannt, welche Gestaltungsspielräume die Landesregierung den Kommunen geben will.

Die Vor- und Nachteile einer Standortentscheidung für die GGS Erkrath sind 2012 detailliert aufzuarbeiten. Dabei ist auf eine gemeinsame Unterbringung einschließlich des Schülerbetreuungsbereiches entweder am Standort Falkenstr. 35 oder am Standort Freiheitstr. 17-23 ab dem Schuljahr 2014/15 abzustellen. Wir können uns vorstellen, dass am ehemaligen Hauptschulstandort eine zentrale Gemeinschaftsgrundschule entsteht.

Maßnahmen im Hinblick auf Ausbau vor Änderung und Verlagerung der Fröbel Schule wollen wir zurück gestellt wissen, bis die Landesregierung das neue Konzept zur Inklusion und der Errichtung von Kompetenzzentren vorgelegt hat.

GRUNDSCHULE SANDHEIDE

Im Hauptausschuss veröffentlichte die Verwaltung zusätzlich ihre Planung, die baulich zu erneuernde Grundschule Sandheide auslaufen zu lassen und mittelfristig zu schließen.

Tatsächlich ist das Gebäude in einem nicht mehr zu sanierenden und unzumutbaren Zustand. Trotzdem können wir uns eine Schließung der Schule kaum vorstellen.

- Sandheide und Schildsheide sind mit über 6.000 E. im Hinblick auf die Einwohnerzahl Erkraths größer als Unterfeldhaus. Wir würden zum ersten Mal eklatant das Prinzip „Kurze Beine-kurze Wege“ durchbrechen.
- Wir würden im „Kinderzimmer Erkraths“ die Grundschule schließen.
- Wir investieren in das Subzentrum Sandheide und nehmen aus dem Ensemble Subzentrum / Kirchen / Kinderhaus / Kita / Turnhalle ausgerechnet die Grundschule heraus.
- Menschen mit Migrationshintergrund sind für uns weniger Problem- als Potenzialgruppe, man sollte den Schritt der Schließung der Schule lieber dreimal überdenken und stattdessen auch in pädagogische Alternativen Energie investieren.
- Möglicherweise ist sogar Ergebnis eines Stadtteilkonzeptes Sandheide, den Kindergarten Sandheider Str. 100 in das Zentrum zu integrieren.
- Wir vertreten nicht die Meinung, dass die Schüler problemlos auf andere Schulen der Umgebung aufgeteilt werden können. Der Schulentwicklungsplan macht deutlich, dass dies nur dann möglich ist, wenn an diesen Schulen dann auch die notwendigen räumlichen Gegebenheiten für eine Aufnahme geschaffen werden. Dies gilt umso mehr, wenn die Ministerin im Landtag durchsetzt, dass ab dem Schuljahr 2013/2014 die Klassenfrequenzrichtwerte und die damit verbundenen Klassengrößen verkleinert werden
- Die Inanspruchnahme der Mittel des Bildungs- und Teilhabepaketes ist nach wie vor unbefriedigend und muss weiter gesteigert werden. Wir können uns vorstellen, aus den Mitteln für Schulsozialarbeit dieses Bereiches Verstärkung abzufragen.

Deshalb sind wir für einen bedarfsgerechten, zeitgemäßen pädagogischen Einsichten entsprechenden, energetischen Überlegungen Rechnung tragenden Schulneubau in der Sandheide.

SCHULENTWICKLUNGSPLAN

Mit größtem Interesse blicken wir auf die von uns geforderten Informationsveranstaltungen zum Schulentwicklungsplan.

Seitens der Verwaltung sind in diesem Zusammenhang auch die gebäudlichen Optionen sowie die daraus resultierenden Kosten für die Realisierung anderer Schulformen in Erkrath aufzuzeigen. Dazu gehören

- die ggf. notwendigen neuen Klassen- und Fachräume
- der ggf. notwendige Ausbau der Mensaplätze
- die Darstellung der ggf. zusätzlich entstehenden Schülerströme (Fahrkosten)
- die Darstellung, welche Leerstände entstehen.

Die Diskussion der Varianten:

- Gesamtschule in Alt-Erkrath
- Gesamtschule in Hochdahl
- Sekundarschule in Alt-Erkrath
- Sekundarschule in Hochdahl
- Sekundarschule in Hochdahl und Erkrath

SOZIAL- UND JUGENDPOLITIK

Schulpolitik schwebt aber nicht im luftleeren Raum sondern gehört in ein durchgehendes Konzept eingebunden. „**Kinder früh fördern/Eltern unterstützen**“ ist unsere Maxime, wie man auch an dem von uns initiierten Babybegrüßungspaket ablesen kann.

Mit dem Ausbau der U3-Plätze 2012 um 11 neue Plätze in Kitas und Tagespflege erreichen wir 30% Betreuungsquote obwohl die Zuschüsse von Bund/Land kleiner als angekündigt waren. Vermutlich ist diese Quote nicht auskömmlich und ein weiterer Ausbau notwendig.

Weiterhin baut die Stadt auf der Basis dieses Haushaltes mit 32 zusätzlichen Ganztagesplätzen in den Kitas die Ü 3 Betreuung aus. (CDU-FDP im JHA ja, im HFA: nein)

Weitere Elemente sind

- Ausbau der Sprachförderung (z.B. Rucksackprogramm) 10.500,- €
- 2. Chance/Zündstoff- Reintegration von schülmüden Jugendlichen durch SKFM Erhöhung um 30.000 € trotz Widerstand von CDU und FDP
- Fortsetzung der Kompetenzagentur – Beratung und Betreuung von Jugendlichen bes. mit Problemhintergrund
- Beim Jugendcafé Hochdahl plädieren wir für die Prüfung einer günstigeren Alternative, da Planungskosten von 50.000,- auf Bau- und Betriebskostenkosten schließen lassen, welche die ursprüngliche Idee (300T für die Holzhauslösung) weit überschreiten.

Auch mit Blick auf andere gesellschaftliche Gruppen und die ältere Generation stützen wir wichtige sozialpolitische Maßnahmen:

- Einrichtung des Behindertenbeauftragten für Erkrath
- Ehrenamtskarte erfolgreich (Initiativantrag der *BmU*)
- Aktion Noteingang (Initiativantrag der *BmU*)
- Demenznetzwerk (Caritas) Bereitstellung von € 5000,-
- Rundum
Wieder musste die Stadt ihren Zuschuss zu einem wichtigen sozialen Projekt, dem Beschäftigungsförderungsprojekt Rundum mit angeschlossenem Sozialkaufhaus, um über 20.000 € erhöhen, um dieses Projekt des SKFM nicht scheitern zu lassen
- Mittel für die Rollsportanlage Alt-Erkrath in Höhe von 30.000 €
- Kulturloge (Initiativantrag der *BmU*)

UNERFREULICHES:

BAHNHOF ALT-HOCHDAHL

Die Stadt hat mit dem Verkauf ihres Grundstückes im Bereich des DB-Haltepunktes sich wesentlicher Einwirkungsmöglichkeiten benommen. Dass der Planfeststellungsbeschluss für den Haltepunkt Hochdahl auch nach mehreren Monaten nicht zu finden war, ist unakzeptabel. Wir sehen nach wie vor die Umwandlung des Bahnsteiges nach Osten von einem Provisorium in eine dauerhafte Lösung im Rahmen von Mof II nicht nur aus Sicht behinderter Menschen kritisch und wollen die planungsrechtliche Grundlage geklärt wissen. Es ist unbeantwortet, warum durch den zunächst erfolgreichen Einspruch Dritter gegen das Planfeststellungsverfahren, die ursprüngliche Finanzierungsplanung gefallen sein soll. Insbesondere sehen wir für die Schließung des Bahnübergangs keine Rechtsgrundlage. **Gibt es überhaupt dafür einen gültigen Planfeststellungsbeschluss?** Diesen aus der jüngsten Planfeststellung für die L 403 abzuleiten geht fehlt, denn zumindest für Behinderte wäre ein Umweg über die L 403 unzumutbar. Wir halten den vorgesehenen Ausbau des Bahnhofes in Alt-Hochdahl für unzulänglich.

Im September 2011 wird dem Rat der neue Brandschutzbedarfsplan zur Beratung vorgelegt, darin kommt der Gutachter zu dem Ergebnis, dass erheblicher Sanierungsbedarf in der Zentralwache besteht, im Übrigen wird erheblicher Förderbedarf bei der Freiwilligen Feuerwehr ausgemacht.

Im Januar 2012 kommt ein Gutachten auf den Tisch, welches den kompletten Neubau der zentralen Wache an anderem Ort (Flächenbedarf 1 ha), Kosten ca. 15 Mio. begründet. *Welcher Gutachter hat nun Recht?* Der Verfasser des Brandschutzbedarfsplanes oder der Gutachter der Zentralwache?

Zusammen mit diversen anderen Forderungen und Notwendigkeiten (Neubau Feuerwache Alt-Erkrath, Räume für die Löschzüge Trills und Millrath), Rente für die Freiwillige Feuerwehr, Aufstockung des hauptamtlichen Personals, Anbieten von Wachwohnungen, kostenlose PKW- oder LKW-Rente, 25.000 € für Motivationsmaßnahmen und für 50.000 € eine Imagekampagne, möchten wir diese *Maßnahmen politisch in einem eigenen Unterausschuss behandelt* wissen, wie auch aus früheren Zeiten der Feuerwehrausschuss in Erinnerung ist.

Bei dem Personaleinsatz der hauptamtlichen Wache ist noch Aufklärungsbedarf im Hinblick auf die unterschiedlichen Ansichten der Firma Rinke und des Amtes Personalwesen.

Allerdings:

Beliebig hohe Summen können auch nicht in die Freiwillige Feuerwehr investiert werden.

Sehr skeptisch sind wir im Hinblick auf den Rettungsdienstbedarfsplan. Häufig sieht man im Straßenbild RTWs aus anderen Städten oder First-Responder-Einsätze. Wir fordern noch in diesem Jahr die konkrete Überprüfung und Anpassung des Rettungsdienstbedarfsplanes.

Die Einhaltung der Schutzziele hat für die BmU Priorität.

Wir haben lange genug zugesehen, wie diese Ziele immer seltener erreicht wurden. Wenn es nicht anders geht, müssen die Schutzziele durch mehr hauptamtliche Kräfte gewährleistet werden.

VEREINSHAUS GRÜNSTRASSE

Dass der Vorstand des SC Rhenania Hochdahl sein Wort nicht hält, den Bau des Sportheimes zum von ihm selbst vorgeschlagenen und vereinbarten „Festpreis“ zu erstellen, ist ein schwerer **Vertrauensbruch**. Ursprünglich war eine „kleine“ Lösung für die Sanierung vorgesehen und beschlossen, der Vereinsvorstand bot der Stadt eine „große Lösung“ zum „Festpreis“ an, wenn die Stadt ihren Anteil von 200.000 € auf 265.000 € erhöht.

Mit der Einhaltung des Festpreisversprechens war der Vorstand des SC Rhenania wohl überfordert.

Die Begründungen für die Kostenüberschreitungen sind unakzeptabel, da die angeführten Aspekte doch übliches Risiko eines jeden Bauherren und absolut nicht außergewöhnlich sind. 2008 sollte mit dem Bau begonnen werden, um ihn 2009 zu beenden.

Wir sehen uns vom Vorstand des SC Rhenania erpresst, knapp 35.000 € zusätzlich für das Vereinsheim bereitzustellen, wollen wir nicht Schaden für alle Vereinsmitglieder und die Stadt abwenden. Insgesamt beteiligt sich Erkrath mit bis zu knapp 300.000 € an dem Vereinsheim. Bei aller Kritik ist nicht zu vergessen, dass die Eigenleistungen des Vereins für das im Eigentum der

Stadt verbleibende Vereinsheim beträchtlich sind. Der Verein will für seine Eigenleistung das Nutzungsrecht übertragen bekommen.

LAND RUFT BUNDES- UND EU-MITTEL NICHT AB

Ratlos macht die Meldung des Kölner Stadtanzeigers, dass die Landesregierung angeblich 38 Millionen Euro für den Ausbau der U3-Betreuungsplätze und 80 Millionen für den öffentlichen Nahverkehr das Land beim Bund und bei der EU nicht abgerufen haben soll. Dies bei der chronischen Unterfinanzierung der Kommunen bei U 3 Plätzen.

DANK

Wir danken der gesamten Verwaltung, insbesondere Frau Bauer und Herrn Beigeordneten Schiefer für die Begleitung und Informationen bei den diesjährigen Haushaltsplanberatungen.

Bernhard Osterwind

März 2012